

Interreg



Kofinanziert von
der Europäischen Union
Cofinancé par
l'Union Européenne

Oberrhein | Rhin Supérieur

Rhenus und Resilire (R&R)

Bericht über *die Fokusgruppen* mit der Zivilgesellschaft

November 2025

Mitwirkende

In alphabetischer Reihenfolge:

Bernhard Michèle (Hochschule Kehl)

Bischoff Luc (Universität Straßburg)

Bollinger Sophie (Universität Straßburg)

Burger-Helmchen Thierry (Universität Straßburg)

Djuricic Ksenija (Hochschule Kehl)

Drewello Hansjörg (Hochschule Kehl)

Eisenbarth Markus (Hochschule Kehl)

Fischer Jürgen (Hochschule Kehl)

Gnamm Mats-Benjamin (Hochschule Kehl)

Kiesel Britta (Hochschule Kehl)

Martins Nourry Lise (Universität Straßburg)

Payen Marion (Universität Straßburg)

Raffin Didier (Hochschule Kehl & Universität Straßburg)

Rondé Patrick (Universität Straßburg)

Schaeffer Véronique (Universität Straßburg)

Seker Merdan (Hochschule Kehl)

Yorulmaz Merve (Hochschule Kehl & Universität Straßburg)

Unter der Leitung von:

Muller Emmanuel (Hochschule Kehl & Universität Straßburg)

Neukam Marion (Universität Straßburg)

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1. Einleitung	4
2. Methodik	5
3. Vergleich mit den Ergebnissen des Workshops mit den Gemeinden	8
Kommunikation	8
Medizinische Versorgung	10
Lebensmittelsicherheit	12
Logistik	14
Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des sozialen Zusammenhalts	15
4. Zusammenfassung und Ausblick	17

Zusammenfassung

Dieser Bericht schließt die Phase „Vertiefte Analyse“ des Interreg-Projekts Rhenus & Resilire (R&R) ab. Diese Phase umfasst eine Reihe von Workshops und *Fokusgruppen*, die darauf abzielen, die Krisenresilienz der Gebiete zu stärken, indem Pilotkommunen und die Zivilgesellschaft beiderseits des Rheins einbezogen werden.

Die in diesem Bericht vorgestellten *Fokusgruppen* fanden zwischen Juni und November 2025 statt und hatten zum Ziel, Krisenpläne zu entwickeln, die besser auf die lokalen Besonderheiten der Oberrheinregion zugeschnitten sind. Ausgehend von den wahrscheinlichsten und folgenschwersten Auswirkungen, die im Workshop Nr. 2 identifiziert wurden, versammelte jede der *Fokusgruppen* etwa zehn Teilnehmer aus der Zivilgesellschaft.

Die bei allen Workshops (d. h. den Workshops mit den Pilotkommunen und den beiden *Fokusgruppen* mit der Zivilgesellschaft) angewandte Methodik ermöglichte eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse.

Die gegenseitigen Beiträge der Pilotkommunen und der französischen und deutschen Zivilgesellschaft zeigten eine wesentliche Komplementarität: Die Bürger bringen praktische und innovative Lösungen ein (Nachbarschaftsnetzwerke, Low-Tech-Tools usw.), während die öffentlichen Institutionen eine strukturierte und operative Vision bieten. Die Kombination dieser Ansätze, die an die lokalen und grenzüberschreitenden Besonderheiten angepasst sind, scheint ein wichtiger Hebel zur Stärkung der Resilienz der Gebiete zu sein.

Dieser Bericht beschreibt detailliert die angewandte Methodik, die erzielten Ergebnisse und die Handlungsansätze für ein integriertes Krisenmanagement, das territoriale Verankerung, den Einfallsreichtum der Bürger und grenzüberschreitende Zusammenarbeit miteinander verbindet.

1. Einleitung

In diesem Bericht werden folgende Begriffe verwendet:

- Der Begriff „Gemeinden“ bezeichnet die am R&R-Projekt beteiligten Pilotgemeinden.
- Der Begriff „französische Zivilgesellschaft“ bezieht sich auf eine Gruppe von etwa zehn Teilnehmern aus verschiedenen Berufsfeldern, die in der Region Straßburg ansässig sind.
- Der Begriff „deutsche Zivilgesellschaft“ entspricht einer ähnlichen Gruppe ansässig im Gebiet Kehl.

Der vorliegende Bericht schließt die Phase „Vertiefte Analyse“ des Interreg-Projekts Rhenus & Resilire ab. In diesem Rahmen hatte das R-SQUAD-Team mehrere Veranstaltungen geplant: den dritten Workshop mit Vertretern der Pilotgemeinden sowie zwei Fokusgruppen mit Vertretern der deutschen und französischen Zivilgesellschaft. Diese dritte Workshop-Reihe mit dem Titel „DIE GEGENWART“ hatte zum Ziel, Maßnahmen zu erörtern, die jetzt ergriffen werden müssen, um sich auf zukünftige Krisen vorzubereiten. Mit anderen Worten: Es wurde die gegenwärtige Dimension des Krisenmanagements der Gemeinden behandelt, um ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber zukünftigen Krisen, mit denen sie konfrontiert sein könnten, zu erhöhen. Zur Erinnerung: Dieser Workshop folgt der Logik der beiden vorangegangenen Workshops nach folgendem Ansatz:

Workshop 1: Die VERGANGENHEIT – Zusammenfassung der Lehren aus der Vergangenheit

Workshop 2: Die ZUKUNFT – Identifizierung und Klassifizierung potenzieller Risiken und ihrer Folgen

Workshop 3: Die GEGENWART – Untersuchung der verfügbaren und fehlenden Ressourcen für zukünftige Krisen

Diese dritte Workshop-Reihe war für den 24. bis 26. Juni 2025 geplant. Was die *Fokusgruppen* betrifft, so haben wir am 25. Juni in den Räumlichkeiten der FSEG einen Workshop mit Vertretern der französischen Zivilgesellschaft organisiert. Leider musste die für den 24. Juni 2025 in den Räumlichkeiten der Hochschule Kehl geplante *Fokusgruppe* abgesagt und auf den 5. November 2025 verschoben werden.

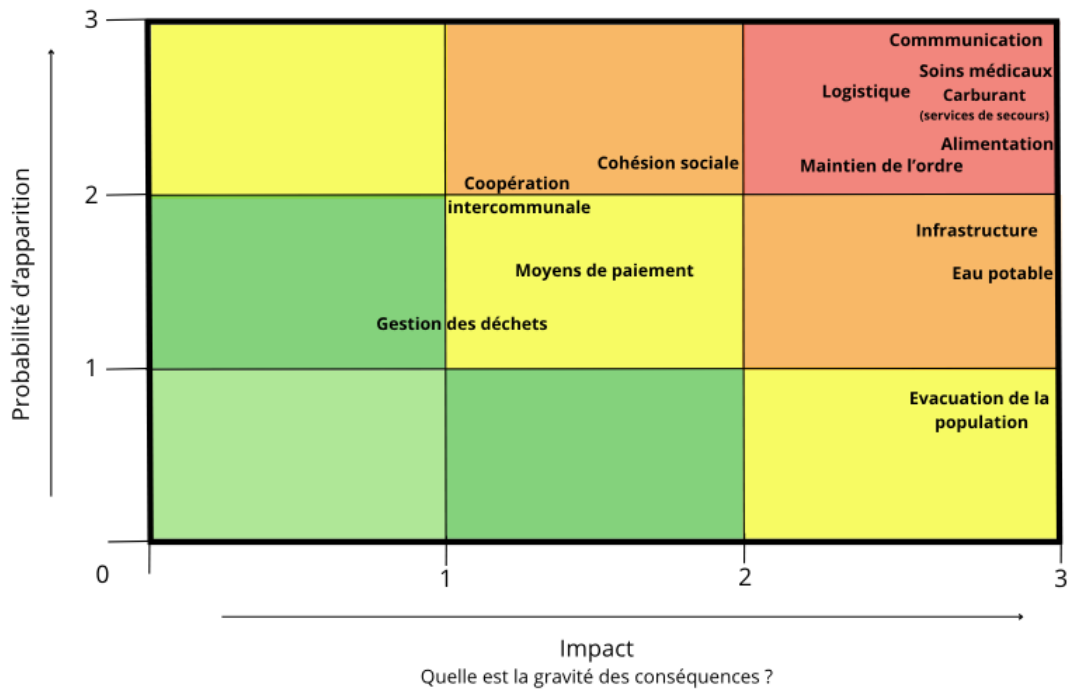
Das Ziel dieser Workshops war es, konkrete Krisenpläne zu entwickeln, die auf die potenziellen Folgen zugeschnitten sind. Im Folgenden werden wir die für diese Workshops angewandte Methodik sowie die erzielten Ergebnisse detailliert beschreiben.



2. Methodik

Diese dritte Workshop-Reihe befasst sich mit der Ausarbeitung der **GEGENWART**. Im Anschluss an den zweiten R&R-Workshop, der am 7. März 2025 stattfand (die **ZUKUNFT**, siehe Bericht WS 2), hatten wir mehrere Folgen identifiziert, mit denen Gemeinden im Krisenfall konfrontiert sind. Diese Folgen wurden entsprechend ihrer Wahrscheinlichkeit und Schwere in einer Matrix dargestellt. Zur Erinnerung: Abbildung 1 zeigt diese Matrix.

Abbildung 1 – Matrix der Folgen aus Workshop 2



Der Workshop 3 sowie die *Fokusgruppen* basierten auf dieser Matrix und konzentrierten sich auf die folgenreichsten und wahrscheinlichsten Folgen (rotes Quadrat). Es wurde beschlossen, für alle Workshops dieser Phase die gleiche Methodik anzuwenden, um ihre Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Ziel war es, die Ideen der Pilotgemeinden mit den Meinungen der Zivilgesellschaft zu vergleichen.

Daher wurden alle Workshops in mehreren aufeinanderfolgenden Schritten durchgeführt:

- **Schritt 1:** Rückblick und Zusammenfassung der Ergebnisse des zweiten Workshops („2. Workshop mit den Pilotgemeinden – FUTUR“).
- **Schritt 2:** Im zweiten Teil arbeiteten die Teilnehmer im World-Café-Format daran, konkrete Ideen für Antworten auf diese Folgen zu entwickeln.
- **Schritt 3:** Die Ideen wurden anschließend im Plenum diskutiert.
- **Schritt 4: (nur für die Pilotgemeinden):** Analyse der Ergebnisse.

Schritt 1 – Zusammenfassung des zweiten Workshops

Der zweite Workshop befasste sich mit den potenziellen Folgen, mit denen eine typische Gemeinde im Krisenfall konfrontiert sein wird. Diese Folgen wurden unabhängig von der jeweiligen Krise formuliert und sollten daher für jede Art von Krise gelten.

Die detaillierten Ergebnisse des zweiten Workshops können dem entsprechenden Bericht entnommen werden. Bei Bedarf wenden Sie sich bitte an das R-Squad. Bei diesem Workshop haben wir Unterschiede zwischen deutschen und französischen Gemeinden sowie zwischen mittelgroßen und kleineren Gemeinden festgestellt. Dennoch wurden einige Gemeinsamkeiten festgestellt, wie beispielsweise die Herausforderungen im Zusammenhang mit einer guten Kommunikation zwischen den kommunalen Dienststellen, aber auch zwischen den kollektiven Instanzen und der Bevölkerung.

Schritt 2 – World Café-Methode

Da das Ziel darin bestand, konkrete Maßnahmen für den Krisenfall zu ermitteln, haben wir die wichtigsten Folgen (Schweregrad + Wahrscheinlichkeit) aus dem zweiten Workshop in fünf Cluster unterteilt: (1) Kommunikation, (2) Logistik, (3) Ernährungssicherheit, (4) Medizinische Versorgung, (5) Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und des sozialen Zusammenhalts. Diese fünf Cluster wurden anschließend im Raum verteilt, um fünf Arbeitsstationen zu schaffen – eine pro Cluster.

Um möglichst konkrete Ergebnisse zu erzielen, haben wir beschlossen, die Workshop-Teilnehmer in Untergruppen von maximal 2 bis 3 Personen aufzuteilen. Jede Gruppe beginnt ihren kreativen Prozess an einer Station, die sich mit einem der fünf Cluster befasst, und wird dabei von einem Moderator des R-Squad pro Tisch angeleitet. Nach 10 Minuten wechseln die Gruppen den Tisch und bearbeiten nun ein weiteres Thema. Zu Beginn dieser zweiten Phase informiert der Moderator (der während des gesamten Workshops an derselben Station bleibt) die neue Gruppe darüber, was in der vorherigen Gruppe gesagt wurde. Auf dieser Grundlage kann die neue Gruppe die Aussagen der vorherigen Gruppen kommentieren und ergänzen.

Die Gruppen wechseln zwischen den Stationen, bis jede Gruppe jede Station bearbeitet hat.

Schritt 3 – Zusammenfassung der Ergebnisse

Im Plenum fasst jeder Moderator alle für seinen Cluster angesprochenen Punkte zusammen. In dieser Phase hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, die angesprochenen Punkte zu ergänzen oder zu kommentieren. Für die *Fokusgruppen* endete der Workshop mit dieser Phase.

Schritt 4 (nur für die Pilotgemeinden) – Analyse der Ergebnisse

Cluster für Cluster war es unser Ziel, die nächsten Schritte des Projekts Rhenus & Resilire vorzubereiten. Dazu mussten wir wissen, welche Maßnahmen in den Gemeinden bereits vorhanden waren. Darüber hinaus wollten wir die Bedeutung der vorgeschlagenen Maßnahmen bewerten. Daher haben wir (1) Punkt für Punkt notiert, welche Maßnahmen in welcher Gemeinde vorhanden sind, und (2) den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, drei Ideen auszuwählen, die sie für den Beginn der Krisenvorsorge für am wichtigsten halten.

Anmerkung: Der Vertreter der Gemeinde Haguenau musste sich aufgrund anderer Verpflichtungen verabschieden, weshalb die Antworten dieser Gemeinde nicht für die Priorisierung der Maßnahmen zu den einzelnen Themenbereichen berücksichtigt wurden.

Diese Bewertung wird anschließend zur Erstellung eines strategischen Aktionsplans herangezogen, der einen systematischen Ansatz für den Krisenfall berücksichtigt.

3. Vergleich mit den Ergebnissen des Workshops mit den Gemeinden

In diesem Abschnitt werden wir die Beiträge der Vertreter der Zivilgesellschaft, die an der französischen *Fokusgruppe* teilgenommen haben, mit den Beiträgen der Vertreter der Gemeinden, die am dritten Workshop teilgenommen haben, in Beziehung setzen.

Kommunikation

Gemeinsamkeiten

Der Einsatz nicht-technologischer Mittel als Ergänzung zu Online-Zeitungen und offiziellen sozialen Netzwerken der Kommunen, um alle Bürger zu erreichen. Hier wird also betont, wie wichtig es ist, diejenigen nicht zu vergessen, die keinen Zugang zu digitalen Informationskanälen haben, und gleichzeitig in kürzester Zeit möglichst viele Menschen zu erreichen. Die französische Zivilgesellschaft nennt Kirchenglocken und Megafone als wirksame Mittel, um die Bevölkerung im Krisenfall zu alarmieren, insbesondere um diejenigen zu erreichen, die keinen Zugang zu modernen Technologien haben. Ohne sie namentlich zu nennen, weist auch die deutsche Zivilgesellschaft auf die Notwendigkeit hin, im Krisenfall auf nicht-technologische Kommunikationskanäle zurückzugreifen, und erwähnt dabei die Notwendigkeit, „analoge“ Kommunikationsmittel zu nutzen. Die Gruppe, die die deutsche Zivilgesellschaft vertritt, betont ebenfalls die Notwendigkeit, mehrere Kommunikationskanäle zu nutzen, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Die Kommunen nennen Sirenen und mit Megaphonen ausgestattete Fahrzeuge, um die anwesende Bevölkerung schnell zu alarmieren. Die Kommunen denken an eine praktische Maßnahme, nämlich die Vorabaufzeichnung von Notfallmeldungen, um Informationen im Krisenfall schneller verbreiten zu können.

Darüber hinaus betonen alle drei Gruppen die Bedeutung einer mehrsprachigen Kommunikation, um alle Einwohner einzubeziehen, auch diejenigen, die die lokale Sprache nicht sprechen.

Ebenso betonen alle drei Gruppen die Bedeutung eines schnellen und kontinuierlichen Informationsaustauschs seitens der gewählten Vertreter als Schlüsselement im Kampf gegen Desinformation, und die Notwendigkeit zuverlässiger Informationsquellen ist ein gemeinsames Anliegen. Dieser Austausch wird nicht nur auf kommunaler Ebene (zwischen gewählten Vertretern und Bürgern), sondern auch extern (mit benachbarten Kommunen, anderen Verwaltungsebenen usw.) angesprochen. Die deutsche Zivilgesellschaft betont jedoch, wie wichtig es ist, der Bevölkerung im Krisenfall nicht zu viele Informationen zu geben, um die Bürger nicht mit zu vielen Informationen zu „überfluten“ (Risiko der Informationsüberflutung). Mit anderen Worten: Es ist wichtig, dass die Gemeinde in der Lage ist, die ihr zur Verfügung stehenden Informationen zusammenzufassen und die wichtigsten Punkte auszuwählen, die der Bevölkerung mitgeteilt werden sollen.

Sowohl die Kommunen als auch die Zivilgesellschaft sind sich der Defizite der Bürger und der gewählten Vertreter in Bezug auf die Vorbereitung auf das Krisenmanagement bewusst. Daher betonen alle drei

Gruppen die Notwendigkeit, die Bevölkerung und die lokalen Verantwortlichen zu schulen und zu trainieren, damit sie im Krisenfall effektiv reagieren können.

Die Koordination und Kommunikation zwischen verschiedenen Gemeinden wird als entscheidend für ein wirksames Krisenmanagement angesehen. Zwischen deutschen Gemeinden findet bereits ein Austausch statt.

Wesentliche Unterschiede

Die Zivilgesellschaft kritisiert die hierarchische Verwaltungsstruktur, die die Entscheidungsfindung verlangsamen kann, während die Kommunen eher damit beschäftigt zu sein scheinen, die zentralisierten Richtlinien an ihre lokalen Bedürfnisse anzupassen. Die Kritik der Zivilgesellschaft lässt sich durch Krisen erklären, in denen die Kommunen nicht schnell und optimal reagieren konnten, da die Genehmigung durch höhere Verwaltungsebenen erforderlich war. Dies wurde von der Zivilgesellschaft als Zeitverlust und als Mangel an Relevanz für das Krisenmanagement auf lokaler Ebene empfunden. Um dem entgegenzuwirken, schlägt die Zivilgesellschaft Schulungen vor, die eine innovative und agile Entscheidungsfindung in Krisenfällen ermöglichen sollen – ein Bedarf, der von den Kommunen nicht erwähnt wird.

Im Allgemeinen scheinen die Kommunen offener für den Einsatz von Technologien wie KI zu sein, beispielsweise für schnelle Übersetzungen, während die Zivilgesellschaft mehr Wert auf nicht-technologische Lösungen legt.

Die Zivilgesellschaft wirft insbesondere die Frage der Inklusion marginalisierter Personen wie gehörloser Menschen auf, ein Punkt, der von den Kommunen nicht angesprochen wird. Für die Kommunen würde die Identifizierung bestimmter Personen eher diejenigen betreffen, die besondere medizinische Bedürfnisse haben oder über medizinische oder sprachliche Kompetenzen verfügen, die für ein besseres Krisenmanagement nützlich sein könnten.

Komplementaritäten

Die Zivilgesellschaft schlägt vor, die Beziehungen zwischen Kommunen und Vereinen zu stärken, um Informationen und bewährte Praktiken auszutauschen, was den Kommunen helfen könnte, die wichtigsten Akteure in jedem Stadtteil besser zu identifizieren und zu mobilisieren. Die Zivilgesellschaft

schlägt außerdem vor, Kontaktpersonen zu benennen, die als Bindeglied zwischen der Verwaltung und den Stadtteilen fungieren, was die Bemühungen der Kommunen um eine medienübergreifende, mehrsprachige Kommunikation und die Bekämpfung von Desinformation ergänzen könnte.

Medizinische Versorgung

Gemeinsamkeiten

Sowohl die (französische und deutsche) Zivilgesellschaft als auch die Kommunen betonen die Bedeutung der Verwaltung von Medikamenten und der medizinischen Versorgung im Krisenfall. Alle drei Gruppen erkennen die Notwendigkeit an, Vorräte an Medikamenten und medizinischem Material anzulegen, um zu vermeiden, was zu Beginn der Covid-19-Krise geschehen ist. Die deutsche Zivilgesellschaft betont außerdem die Bedeutung der Quantität der medizinischen Versorgung (ausreichende Anzahl von Krankenhausbetten, Medikamenten und medizinischem Personal) und der Qualität der Versorgung (erforderliche medizinische Kompetenzen, wirksame Medikamente, funktionsfähige medizinische Geräte).

Alle drei Gruppen betonen die Bedeutung von Koordination und Kommunikation, sei es durch Funkverbindungen für Krankenhäuser (Zivilgesellschaft) oder durch die Koordination mit dem Roten Kreuz und den Rettungsdiensten (Kommunen).

Alle drei Gruppen betonen auch die Notwendigkeit, gefährdete Personen zu identifizieren und zu versorgen. Zum Beispiel mit Listen von Risikopersonen (Zivilgesellschaft) und Verzeichnissen von Ärzten und Ressourcen (Kommunen). Ergänzend dazu weist die deutsche Zivilgesellschaft auf die Notwendigkeit hin, die Robustheit der Infrastruktur (Strom, Verkehr, Telekommunikation) zu gewährleisten, um eine effektive Koordination im Krisenfall sicherzustellen.

Schließlich erwähnen alle drei Parteien die Nutzung lokaler Ressourcen und die dezentrale Verwaltung bestimmter Ressourcen, sei es für die Herstellung von Notfallmedikamenten aus lokalen Kräutern (Zivilgesellschaft), für die Verwaltung von Insulin- und Jodvorräten (Kommunen) oder für die Verwaltung von Notunterkünften (Zelte, Feldbetten usw.).

Wesentliche Unterschiede

Was die materiellen Ressourcen angeht, konzentrieren sich die Gemeinden auf die Verwaltung der vorhandenen Medikamenten- und Medizinmaterialvorräte und die Koordination mit den

Rettungsdiensten, während die Zivilgesellschaft innovativere Lösungen vorschlägt, wie z. B. die Mobilisierung aller Arten von Arztpraxen im Notfall, darunter auch Praxen für plastische Chirurgie, und die Nutzung alternativer Transportmittel wie Fahrräder, Pferden oder Booten, falls motorisierte Fahrzeuge nicht mehr fahrtauglich sind.

Was die Humanressourcen betrifft, schlägt die Zivilgesellschaft vor, im Krisenfall pensionierte Ärzte im Gemeindegebiet oder Personen mit medizinischer Ausbildung zu reaktivieren, was von den Gemeinden nicht erwähnt wird. Die deutsche Zivilgesellschaft geht noch weiter und fördert die Selbstorganisation der Bevölkerung (Erste-Hilfe-Kurse für Bürger) sowie Maßnahmen zur Grundausbildung für die gesamte Bevölkerung.

Die Zivilgesellschaft weist auch auf die Notwendigkeit eines Rechtsrahmens für das grenzüberschreitende Notfallmanagement und die Bereitstellung von Übersetzern für medizinische Notfälle hin, Aspekte, die von den Kommunen nicht angesprochen werden. Schließlich betont sie die Notwendigkeit, die Abhängigkeit von Arzneimitteln aus Nicht-EU-Ländern zu verringern, während die Kommunen den Schwerpunkt auf die Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger legen. Schließlich betont die Zivilgesellschaft die Notwendigkeit, die Bevölkerung in Erster Hilfe und Rettungsmaßnahmen zu schulen, was von den Kommunen nicht ausdrücklich erwähnt wird, die wiederum vielmehr auf die Notwendigkeit einer Stärkung der Eigenverantwortung der Bürger hinweisen.

Komplementaritäten

Alle drei Gruppen erwähnen die Möglichkeit der Nutzung alternativer Transportwege. Die Kommunen sprechen von der Nutzung von Wasserwegen für die Evakuierung, was durch die Idee der Zivilgesellschaft ergänzt werden kann, alternative Transportmittel wie Fahrräder, Pferde oder Boote nicht nur zur Bewertung, sondern auch zur Sicherstellung der Versorgung der Gemeinde mit medizinischen Gütern zu nutzen.

Die von der Zivilgesellschaft vorgeschlagenen Funkrelais können die von den Gemeinden erwähnte Koordination von Rettungsdiensten und Kliniken verbessern.

Die von der Zivilgesellschaft vorgeschlagenen Listen gefährdeter Personen auf freiwilliger Basis oder nach Nachbarschaftsprinzip können die von den Gemeinden erstellten Verzeichnisse und Listen ergänzen.

Ernährungssicherheit

Gemeinsamkeiten

Alle drei Gruppen erkennen die entscheidende Bedeutung des Zugangs zu Trinkwasser und Nahrungsmitteln in Krisenfällen an. Sie betonen auch die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Wasserqualität und der gerechten Verteilung der Ressourcen, ein Thema, das insbesondere von der deutschen Zivilgesellschaft hervorgehoben wird, die sich mit der Frage befasst, wie eine gerechte und ausgewogene individuelle Versorgung der Bevölkerung, insbesondere von schutzbedürftigen Gruppen, gewährleistet werden kann.

Alle drei Gruppen betonen die Bedeutung von Supermärkten, lokalen Landwirten und Lebensmittelunternehmen (also hybriden Ressourcen) für die Sicherstellung der Lebensmittelversorgung in Krisenfällen. Sie erkennen die Notwendigkeit einer formellen oder informellen Zusammenarbeit mit diesen Akteuren an.

Alle drei Gruppen betonen die Notwendigkeit, die Bevölkerung zu informieren und zu schulen, um sie auf Krisen vorzubereiten. Dies gilt insbesondere für Fragen der Ernährungssicherheit, sei es durch praktische Ratschläge, Simulationen oder Schulungen.

Wesentliche Unterschiede

Die Zivilgesellschaft scheint skeptischer hinsichtlich der Wirksamkeit von Lebensmittel- und Wasservorräten zu sein und weist auf Probleme wie Verderblichkeit und Kosten hin. Die Kommunalpolitiker schlagen hingegen vor, mit den Supermärkten in den Gemeinden zusammenzuarbeiten. Die deutsche Zivilgesellschaft spricht auch die Frage der Rationierung als mögliches Instrument zur Ressourcenverwaltung an, wirft jedoch gleichzeitig die Frage nach deren Umsetzung auf: Wer wendet diese Rationierung an?

Es ist zu beobachten, dass die Zusammenarbeit auf beiden Seiten des Rheins unterschiedlich gesehen wird. Auf deutscher Seite nehmen die Gemeinden die Zusammenarbeit unterschiedlich wahr: Einige möchten sie formalisieren, insbesondere mit Supermärkten. So hält es beispielsweise Offenburg für unerlässlich, Vereinbarungen mit lokal vertretenen Supermärkten wie Edeka und Kaufland zu formalisieren, vor allem um Fragen der Rückerstattung zu klären. Ottersweier hingegen zieht es vor, flexiblere Beziehungen zu lokalen Supermärkten, Gasthöfen, Restaurants und Hofläden zu pflegen, ohne

formelle Vereinbarungen zu treffen. In Frankreich wird die Möglichkeit offizieller Vereinbarungen zwar in Betracht gezogen, hat aber keine Priorität, da die Gemeinden im Krisenfall die Befugnis haben, die Vorräte der Supermärkte anzufordern. Auf beiden Seiten des Rheins stehen die Gemeinden jedoch bereits in Kontakt mit lokalen Landwirten oder Bauernhöfen und halten es für möglich, diese im Notfall zu mobilisieren. In kleinen Gemeinden war dies in der Vergangenheit sogar schon der Fall.

Die Kommunalpolitiker legen großen Wert auf Solidarität und regelmäßige Übungen, um die Sterblichkeit im Krisenfall zu senken. Dieser proaktive und gemeinschaftliche Ansatz ist in der ersten Gruppe mit einer Ausnahme weniger ausgeprägt, die sich stärker auf die praktischen und unmittelbaren Aspekte des Krisenmanagements konzentriert.

Komplementaritäten

Sowohl die Zivilgesellschaft als auch die Kommunen betonen die Notwendigkeit, Vereinbarungen mit den Akteuren der Landwirtschaft (formalisiert und nicht formalisiert) zu treffen und zu verstärken.

In Bezug auf Bildung und Sensibilisierung können sich beide Gruppen ergänzen, indem sie die praktischen Ratschläge der Zivilgesellschaft zur Bedeutung bereits bestehender Informationskanäle mit den Vorschlägen der Kommunalpolitiker zu Schulungen und Bildungsmaßnahmen kombinieren.

Die Kommunalpolitiker befassen sich mit den sozialen Spannungen, die im Krisenfall auf lokaler Ebene auftreten können. In diesem Zusammenhang schlägt die Zivilgesellschaft Lösungen für eine gerechte und sichere Verteilung der Ressourcen vor, insbesondere durch die Mobilisierung der Ordnungskräfte, um eine gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittelressourcen zu gewährleisten. Diese Idee könnte dazu beitragen, Spannungen abzubauen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Visionen der Zivilgesellschaft und der Kommunen sich ergänzende Perspektiven für das Management der Ernährungssicherheit in Krisenfällen bieten. Die Zivilgesellschaft bringt eine praktische und unmittelbare Sichtweise ein, während die Kommunalpolitiker einen strukturierteren und planvolleren Ansatz vorschlagen. Durch die Kombination dieser beiden Perspektiven wäre es möglich, wirksame und resiliente Strategien für die Bewältigung von Krisen zu entwickeln.

Logistik

Gemeinsamkeiten

Die drei Gruppen – die französische Zivilgesellschaft, die deutsche Zivilgesellschaft und die Kommunen – sind sich einig, dass es von entscheidender Bedeutung ist, im Krisenfall die Verkehrswege für prioritäre Fahrzeuge frei zu halten. Sie teilen den gemeinsamen Willen, eine Überlastung der Straßen durch unkoordiniertes individuelles Verhalten wie Massenevakuierungen oder panische Fahrten zu vermeiden. Um dies zu erreichen, schlagen sie vor, vorab organisierte Evakuierungspläne zu entwickeln und den vorrangigen Verkehr mithilfe eines einfachen Codes, der der Bevölkerung im Voraus mitgeteilt wird, klar zu kennzeichnen.

Die Vorbereitung und Aufklärung der Bevölkerung ist ein weiterer gemeinsamer Punkt. Alle betonen die Notwendigkeit, klare und zugängliche Leitfäden zu verbreiten (z. B. in Papierform, nach schwedischem Vorbild), Netzwerke zur gegenseitigen Unterstützung (mit im Krisenmanagement geschulte Freiwillige) zu schaffen und Aufklärungsmaßnahmen in Schulen zu integrieren, um den sozialen Zusammenhalt und die kollektive Widerstandsfähigkeit zu stärken. Kleinere Krisensimulationen (Dorf, Einkaufszentrum) werden ebenfalls empfohlen, um Reaktionen und Verfahren zu testen.

Schließlich ist die Robustheit kritischer Infrastrukturen ein gemeinsames Anliegen, insbesondere der deutschen Zivilgesellschaft und der Kommunen. Beide betonen, wie wichtig es ist, kritische Ressourcen (z. B. Sandsäcke, Treibstoff, Räumungswerkzeuge) zu lagern, alternative Logistikrouten (Wasserstraßen, Nebenstraßen) zu entwickeln und Strukturen und Prozesse für das Krisenmanagement (z. B. Evakuierungspläne) zu planen.

Wesentliche Unterschiede

In einigen wesentlichen Punkten unterscheiden sich die Ansätze jedoch. Die französische Zivilgesellschaft zeichnet sich durch ihren Schwerpunkt auf die Vorbereitung der Bürger und die grenzüberschreitende Anpassung aus. Sie bietet konkrete Instrumente zur Aufklärung der Bevölkerung (Leitfäden in Papierform, städtische Nudges, lokale Simulationen) und betont die Notwendigkeit, zweisprachige Kompetenzen zu mobilisieren, um die Koordination zwischen französischen und deutschen Akteuren zu erleichtern. Sie ermutigt die Bürger auch, individuelle Vorräte (Lebensmittel, Wasser, Medikamente) anzulegen, eine Praxis, die in den Gemeinden wenig verbreitet ist.

Im Gegensatz dazu konzentriert sich die deutsche Zivilgesellschaft stärker auf die Robustheit der Infrastruktur und die interkommunale Zusammenarbeit. Sie warnt vor unkoordinierten Einzelinitiativen, die die Krise verschärfen könnten (z. B. Blockierung von Verkehrswegen), und befürwortet kollektive Lösungen wie die Lagerung kritischer Ressourcen und die Entwicklung mobiler Infrastrukturen. Im Gegensatz zur französischen Zivilgesellschaft geht sie nicht ausdrücklich auf sprachliche oder grenzüberschreitende Vorbereitungen ein.

Die Gemeinden verfolgen hingegen einen eher institutionellen Ansatz. Sie konzentrieren sich auf die Aufrechterhaltung kritischer Vorräte (Kraftstoff, Medikamente, Werkzeuge) und die Koordination mit den übergeordneten Verwaltungsebenen (Präfektur, Landrat). Ihre Fähigkeit, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, variiert jedoch stark von Gemeinde zu Gemeinde, ohne dass diese Unterschiede durch die Größe, das Land oder die Netz-Konfiguration erklärt werden können. Im Gegensatz zur Zivilgesellschaft sehen sie keinen Sinn darin, dass die Bevölkerung zu Hause große Vorräte anlegt, da sie der Meinung sind, dass diese Verantwortung den öffentlichen Diensten obliegt. Schließlich ist ihre Entscheidungsautonomie begrenzt, insbesondere in Frankreich, wo die Schwelle zum Übergang zu einer zentralisierten Verwaltung (Präfektur) unklar bleibt.

Komplementaritäten

Die französische Zivilgesellschaft betont den Nutzen konkreter Instrumente zur Aufklärung und Vorbereitung der Bürger (Leitfäden, Simulationen, Peer-Netzwerke), die die Pläne der Kommunen ergänzen könnten, die sich oft auf Übungen auf höherer Ebene beschränken. Ihr Fokus auf die grenzüberschreitende Dimension (Sprache, Koordination) könnte auch die interkommunale Zusammenarbeit verbessern, ein zentraler Punkt für die deutsche Zivilgesellschaft. Letztere bietet durch die Betonung der Robustheit der Infrastruktur und der operativen Planung Ansätze zur Optimierung der Lagerverwaltung durch die Kommunen. Schließlich könnten sich die Kommunen von den lokalen Simulationen der französischen Zivilgesellschaft inspirieren lassen, um ihre kommunalen Schutzpläne (PCS), die oft unvollständig oder veraltet sind, zu aktualisieren. Die von der deutschen Zivilgesellschaft geforderte operative Strenge (z. B. Evakuierungspläne) könnte den Gemeinden helfen, ihre Übungen zu strukturieren und realistischer zu gestalten und gleichzeitig die Schwellenwerte für den Übergang zu einer zentralisierten Verwaltung zu klären.

Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung und des sozialen Zusammenhalts

Gemeinsamkeiten

Alle drei Gruppen – die französische Zivilgesellschaft, die deutsche Zivilgesellschaft und die Kommunen – sind sich einig, dass es wichtig ist, lokale Netzwerke aufzubauen, um in Krisenfällen die öffentliche Ordnung und den sozialen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten. Sie erkennen die Notwendigkeit an, Ansprechpartner mit unterschiedlichen Kompetenzen (Gesundheitswesen, körperliche Arbeit, Mechaniker, Handwerker, Psychologen, Übersetzer, Mitglieder religiöser Vereinigungen) zu identifizieren und zu mobilisieren. Diese drei Gesprächsgruppen betonen auch die Bedeutung der Schaffung strukturierter Verbindungen innerhalb der Bevölkerung. Die französische Zivilgesellschaft schlägt Nachbarschaftsnetzwerke und Teams von Freiwilligen vor, die im Krisenmanagement geschult sind, während die Gemeinden eine geografische Aufteilung der Gemeinden in autonome Zonen mit jeweils einem lokalen Ansprechpartner empfehlen. Diese „n“ Ansätze zielen darauf ab, die Koordination zu erleichtern, die Verantwortlichkeiten aufzuteilen und eine Konzentration der Bemühungen auf einen einzigen Punkt zu vermeiden, wobei die lokalen Besonderheiten berücksichtigt werden.

Schließlich betonen alle drei Gruppen die Bedeutung von physischen und zugänglichen Dokumenten, um die Bevölkerung im Krisenfall anzuleiten. Die französische Zivilgesellschaft empfiehlt Papierformulare (Karten, Kontaktlisten, Anweisungen), während die Gemeinden auf die physische Aushang von offiziellen Dokumenten bestehen (z. B. einheitliche Beschilderung mit der Unterschrift des Bürgermeisters), um die Verbreitung von Gerüchten zu vermeiden und die Legitimität der verbreiteten Informationen zu stärken.

Wesentliche Unterschiede

Die französische Zivilgesellschaft verfolgt einen bürgerorientierten und proaktiven Ansatz, der sich auf die Mobilisierung lokaler Kompetenzen und die Vorbereitung der Bevölkerung konzentriert. Die deutsche Zivilgesellschaft hingegen betrachtet das Thema aus institutioneller und ethischer Perspektive. Sie hinterfragt die Legitimität des Staates im Krisenfall und die Folgen ineffizienter Maßnahmen (Risiko von Chaos oder Entstehung krimineller Gruppen). Die deutsche Zivilgesellschaft betont die Notwendigkeit präventiver regulatorischer Maßnahmen, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu gewährleisten, und

unterstreicht gleichzeitig die Bedeutung des Schutzes gefährdeter Gruppen und der Mobilisierung hybrider Ressourcen (Bürger und Zivilgesellschaft) zur Unterstützung staatlicher Strukturen.

Die Kommunen verfolgen schließlich einen operativen und territorialen Ansatz. Ihre Priorität besteht darin, bei größeren Krisen die Defizite der klassischen Dienste (Polizei, Feuerwehr) durch eine dezentrale Verwaltung nach geografischen Gebieten auszugleichen. Sie schlagen Maßnahmen wie die Erfassung lokaler Ressourcen (Unterkünfte, Kompetenzen, Vorräte), die Benennung von Ansprechpartnern für die einzelnen Gebiete und die Einrichtung klarer Orientierungspunkte (Rathaus, Schulen, zentrale Plätze) vor, um die Bevölkerungsströme zu kanalisieren. Im Gegensatz zur Zivilgesellschaft stellen sie die Legitimität des Staates nicht in Frage, sondern versuchen, das lokale Handeln im Falle eines Versagens der zentralen Dienste zu stärken.

Komplementaritäten

Die französische Zivilgesellschaft bietet konkrete und bürgernahe Lösungen (Nachbarschaftsnetzwerke, lokale Simulationen, Einbeziehung von Vereinen), welche die oft auf logistische und territoriale Aspekte ausgerichteten Pläne der Kommunen bereichern könnten. Die deutsche Zivilgesellschaft wirft ethische und rechtliche Fragen auf und bietet damit einen Denkraum, um dem Risiko eines Vertrauensverlusts in das Handeln des Staates vorzubeugen. Darüber hinaus entspricht ihr Vorschlag, hybride Ressourcen (Bürger und Zivilgesellschaft) zu mobilisieren, den Vorschlägen der französischen Zivilgesellschaft und schlägt damit eine Brücke zwischen einem institutionellen und einem bürgerlichen Ansatz. Schließlich bieten die Kommunen einen operativen Rahmen, der den Initiativen der Zivilgesellschaft Struktur verleihen könnte.

4. Zusammenfassung und Ausblick

Die Analyse der Beiträge der französischen und deutschen Zivilgesellschaft und der Kommunen zeigt, dass sie sich gegenseitig ergänzen und somit wesentlich zur Stärkung der lokalen Krisenresilienz beitragen. Die Bürger bringen praktische, zugängliche und innovative Lösungen ein (Nachbarschaftsnetzwerke, Mobilisierung lokaler Kompetenzen, Low-Tech-Tools usw.), die in institutionellen Plänen oft fehlen, aber an die Realitäten vor Ort angepasst sind. Die Kommunen hingegen bieten eine strukturierte und operative

Vision, die für die Koordinierung der Ressourcen und die Gewährleistung einer organisierten Reaktion in großem Maßstab unerlässlich ist.

Um das Krisenmanagement zu optimieren, ist es entscheidend, diese beiden Ansätze zu kombinieren: die Kreativität und Flexibilität der Bürger in die institutionellen Rahmenbedingungen zu integrieren und gleichzeitig die Lösungen an die lokalen Gegebenheiten (Größe der Gemeinden, deutsch-französische Unterschiede, verfügbare Ressourcen) anzupassen. Die identifizierten Gemeinsamkeiten (Koordination, Aufklärung der Bevölkerung, Mobilisierung lokaler Ressourcen) ermöglichen reproduzierbare Lösungen, während die Unterschiede (Handlungsspielraum, institutionelle Legitimität, eingesetzte Instrumente) die Notwendigkeit von Flexibilität und grenzüberschreitender Zusammenarbeit unterstreichen.

Letztendlich basiert ein wirksames Krisenmanagement auf einer verstärkten Allianz zwischen Kommunen, lokalen Akteuren und Bürgern. Durch die Nutzung der jeweiligen Stärken (territoriale Verankerung der Kommunen, Einfallsreichtum der Bürger und grenzüberschreitende Zusammenarbeit) können die Gemeinden resiliente Prozesse aufbauen, die an die lokalen Bedürfnisse angepasst sind und zukünftigen Herausforderungen gewachsen sind.